



Themen

Seite 1

Städte brauchen neuen Wohnungspakt

Seite 3

OB-Konferenz in Straubing

Seite 4

Kassenstatistik im ersten Quartal

Seite 5

Kur- und Fremdenverkehrsbeiträge

Seite 6

Klimaschutz beim Wohnungsbau

Seite 7

Kommunale Partnerschaften mit Namibia

Städte brauchen einen neuen Wohnungspakt

Bei der Konferenz des Bayerischen Städtetags der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte und der kreisfreien Städte in Straubing diskutierten am 1. Juni 2022 über vierzig Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister mit dem Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter, über die Zukunft der Wohnraumförderung in Bayern (siehe hierzu Artikel zur Diskussion auf Seite 3).

Wohnungen sollen zur Energiewende beitragen, zur sozialen Integration, zur Barrierefreiheit und trotz all dieser Auflagen bezahlbar bleiben. Investoren können diese Ansprüche kaum erfüllen, da die Wohnraumfördermittel in Anbetracht vielfältiger Auflagen und Entwicklungen nicht ausreichen, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Die neuen Wohnraumförderbestimmungen hinken bereits ein Vierteljahr nach Veröffentlichung den aktuellen Entwicklungen hinterher“.

Die Bauwerkskosten haben wegen neuer Energieeffizienzstandards und der weltpolitischen Ereignisse drastisch zugelegt. Die Preise bestimmter Baustoffe haben sich in den letzten Monaten fast verdoppelt.

Pannermayr: „Kommunen kämpfen seit Jahren mit stumpfen Werkzeugen gegen mangelnde Verfügbarkeit von Grundstücken und mit steigenden Grundstückskosten. Steigende Zinsen kommen hinzu. Die Rahmenbedingungen für Wohnungsbau werden leider ungünstig.“

Diese schwierigen Rahmenbedingungen treffen auf angespannte kommunale Haushalte infolge der Corona-Pandemie und auf volle Auftragsbücher bei Bauunternehmen. Die Bauwirtschaft warnt wegen Materialmangels und steigender Kosten vor einem Einbruch der Bautätigkeit im Jahr 2023.

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



Kommunale Entwicklungspolitik

Partnerschaften mit Kommunen in Namibia

Vor rund sechzig Jahren wurde die erste Partnerschaft zwischen einer deutschen Kommune und einer Stadt auf dem afrikanischen Kontinent geschlossen. Die beiden Hafenstädte Eckernförde und Tanga (Tansania) gelten damit als Pioniere auf einem Gebiet, welches im Jahr 2022 in vielen deutschen Kommunen derzeit diskutiert wird, um ebenfalls Partnerschaften einzugehen.

Flankierend zum geplanten Aussöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia möchte die in Göttingen ansässige Deutsch-Namibische Gesellschaft (DNG) diese Form der kommunalen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen Deutschlands und Namibias befördern. Adressaten der Initiative sind auch die Mitglieder des Bayerischen Städtetags.

Deutsche Kommunen haben aktuell rund 5.000 offizielle Partnerstädte rund um den Globus. Zählt man auch andere Formen der Zusammenarbeit wie zum Beispiel Projektpartnerschaften hinzu, kommt man nach offiziellen Statistiken auf knapp 7.000 Verbindungen.

Darin enthalten sind ungefähr 1.000 Partnerschaften mit Kommunen des Globalen Südens, wovon rund 50 Prozent bereits bestehen und 500, die sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Anbahnung befinden. Gut 150 Verbindungen dieser Art existieren derzeit zwischen deutschen und afrikanischen Kommunen, weitere 150 sind in Vorbereitung. Im Hinblick auf Namibia gibt es aktuell nur 13 Partnerschaften, darunter die von Windhoek mit Bremen und Berlin.

Namibia ist 10.000 Kilometer weit entfernt von Deutschland, aber durch eine leidvolle Vergangenheit verbunden. Bis 1915 war es als Deutsch-Südwest-Afrika deutsche Kolonie und noch heute ist das Leben von der deutschen Kolonialzeit geprägt. 1904 und 1905 wurde von den deutschen Kolonialtruppen ein Völkermord an rund 90.000 Hereros und Namas verübt. Seit dem Jahr 2015 hat sich die deutsche Regierung zu ihrer Verantwortung bekannt, den Völkermord

anerkannt und eine Entschuldigung vorbereitet. Die entsprechende Erklärung (Joint Declaration) wurde im Mai 2021 parafiert, dann aber auf Grund von meinungsbildenden Persönlichkeiten aus den Volksgruppen der Hereros und Namas wieder in Frage gestellt und daher noch nicht ratifiziert.

Es wäre mit Blick auf die Aussöhnung wünschenswert, wenn an dem schwierigen Versöhnungsprozess möglichst viele deutsche Institutionen teilnehmen. Die rund 2.200 deutsch-französischen Partnerschaften haben eindrucksvoll bewiesen, dass eine Aussöhnung durch Städtepartnerschaften erfolgen kann.

Viele Kommunen in Bayern verfügen über langjährige Erfahrungen auf diesem Gebiet – anders als in anderen Bundesländern gibt es jedoch bisher keine offizielle Verbindung oder Partnerschaft zwischen einer bayerischen und einer Kommune Namibias. Das Interesse namibischer Kommunen an derartigen Partnerschaften ist groß. Die Städte Omaruru, Otjiwarongo, Okakarara, Opuwo, Otjinene, Mariantal, Maltahöhe, Karasburg und Gibeon haben bereits Interesse signalisiert.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert unter anderem über die Servicestelle der Kommunen in der Einen Welt (SKEW) Partnerschaften personell und finanziell. Kommunen werden dadurch zu Trägern der kommunalen Zusammenarbeit.

Interessensbekundungen an einer Partnerschaft erbitten wir direkt zu senden an:
twinings@dngev.de.

Kontakt: andrea.gehler@bay-staedtetag.de